

Projekt Schule und Archiv 2005/06

*„Es erscheint wünschenswert, den Juden ein weniger angenehmes
und sorgenfreies Leben innerhalb der deutschen Grenzen zu
bereiten“*

**Pläne zur Gettoisierung der Juden in Augsburg und in Schwaben
1940/41**

**Staatsarchiv Augsburg: Dr. Claudia Kalesse
Gymnasium bei St. Anna, Augsburg: Dr. Renate Weggel**

Vorbemerkung:

An dieser Stelle dürfen Sie einmal nicht das klassische Unterrichtsmodell erwarten, das unterschiedliche Quellentypen zur Auswahl plus Hintergrundinformationen und konkrete Vorschläge zur Umsetzung im Unterricht bietet, sondern es wird anhand zweier zusammengehöriger, recht langer Berichte der Geheimen Staatspolizei Augsburg an das Reichssicherheitshauptamt in Berlin und an die örtliche NSDAP-Gauleitung mit dem Betreff *Beschränkung der Freizügigkeit von Juden im Reichsgebiet und Zusammenfassung in größeren Orten bzw. Judenwohnungen in Augsburg* in Grundzügen aufgezeigt, wie diese als Ausgangspunkt für weiterführende Unterrichtsprojekte, Exkursionen oder Fach- bzw. Seminararbeiten genutzt werden können. Ich sehe es auch als meine Aufgabe als Archivpädagogin, Lehrer wie Schüler dahingehend zu beraten, wo sie weiterführende Archivalien etc. bekommen können und/oder Kontakte zu knüpfen zu Personen oder Institutionen, die sich mit dem Thema Nationalsozialismus in Augsburg und in Schwaben befassen. Deshalb sind die Angaben zum Weitersuchen auch recht knapp gefasst. Dass man solche Projekte machen kann, beweisen nicht nur Arbeiten für den Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten, sondern auch in jüngster Zeit im Augsburger Raum die Schüler und Schülerinnen des Gymnasiums Gersthofen mit ihren Forschungen zu den Zwangsarbeitern oder des Maria Theresia-Gymnasiums über jüdische Schülerinnen.

Zu erreichen bin ich über das Gymnasium bei St. Anna, Tel. 0821/324-1651, Fax -1655.

Inhalt beider Berichte ist die Frage, wie man die Augsburger und die anderen schwäbischen Juden, die 1940 noch in ihrer angestammten Heimat lebten, entweder in ein Getto in Augsburg bringen könnte, oder sie in andere Orte umsiedeln könnte. Sogar das Kloster Ottobeuren war dafür im Gespräch.

In den höchst sachlich abgefassten Berichten kam die Gestapo zu dem Schluss, dass sich jegliche Umsiedelungsaktion als höchst schwierig herausstellen würde. Eine Gettoisierung der Augsburger Juden in einer vorhandenen Barackensiedlung käme deswegen nicht in Frage, da man dann die Barackenbewohner in die Wohnungen der Juden einweisen müsste, aber diese hätten – modern ausgedrückt – Luxuscharakter, und die Barackenbewohner „gehörten nicht zur Klasse der anständigen Menschen“. Andererseits wird aber auch festgestellt, dass die Mehrzahl der Juden weder für Arbeitseinsätze zu gebrauchen sei noch ans Auswandern denke, also müsse man ihr *sorgenfreies Leben* beenden. Sämtliche der entwickelten Pläne stießen jedoch auf Probleme und erwiesen sich deshalb als eher unbrauchbar, obwohl die Gestapo gerne eine Lösung haben wollte.

Die Schüler sollten zur Bearbeitung dieser Quellen in der Lage sein, die Texte in die NS-Judenpolitik einzuordnen. Die Auswirkungen der Reichspogromnacht sollten ihnen bekannt sein, ebenso wie die Ergebnisse der Wannsee-Konferenz, denn die beiden Quellen spiegeln die Situation dazwischen wider und sind deshalb besonders außergewöhnlich, weil sie bereits auf in der ‚Endlösung‘ festgesetzte Aspekte hinweisen, aber doch zu dem Schluss kommen, dass eine Umsetzung auf ganz reale Schwierigkeiten stieße. Die schwäbische Version des ‚Madagaskar-Plans‘, der ‚Ottobeuren-Plan‘ konnte folglich nicht umgesetzt werden.

Die beiden Akten weisen deutliche Brandspuren auf. Warum sie einer Vernichtungsaktion gegen Kriegsende entgangen sind, lässt sich nicht nachvollziehen. Interessant ist auch, dass über ein Jahr zwischen den beiden Berichten liegt, wobei sich die Einschätzung der Lage in dieser Zeit nur unwesentlich verändert hat.

Städtische Staatspolizei
Staatspolizeistelle Augsburg

Durchschrift,

Augsburg, 26. Februar 1940.

328829

Abt. II B (Ve/Schu)

B.Nr. 1106/40.

An

das Reichssicherheitshauptamt

- IV - D 3 c -

B e r l i n SW 11.

Betrifft: Beschränkung der Freizügigkeit von Juden im Reichsgebiet und Zusammenfassung in größeren Orten.

Vorgang: Entschl.d.RSHA. vom 12.2.1940 - IV D 3 c 553/39 -.

Anlagen: Ohne.

Das Problem der Freizügigkeitsbeschränkung von Juden hat, soweit rein örtliche Verhältnisse in Frage kommen konnten, die Staatspolizeistelle Augsburg bereits kurz nach Kriegsausbruch beschäftigt. Damals fanden Besprechungen zwischen Beauftragten der Partei, der Stadtgemeinde, des Sicherheitsdienstes RF-7/ und der Staatspolizeistelle hier statt, die zum Ziele hatten, zunächst das Für und Wider der Frage zu erwägen, ob die Zusammenfassung der Augsburger Juden an einem baulich zusammenhängenden Komplex - etwa in Form eines Ghetto - möglich sei. Die Ursache zu diesen Beratungen war der Umstand, daß hier immer noch eine erhebliche Zahl von Juden in schönen und großen Wohnungen saß, während Volksgenossen in großen Massen nicht nur auf "schönes" Wohnen verzichteten, sondern zum Teil sogar primitive Ansprüche neuzeitlicher Wohnungskultur als unerfüllbar ansehen mußten. Es zeigte sich aber sehr bald, daß die Schwierigkeiten, die einer derartigen Maßnahme entgegenstanden und heute ebenfalls noch entgegenstehen, sehr groß sind. Eine Lösung des aufgezeigten Problems erscheint nach hiesiger Auffassung nur äußerst schwer durchführbar.

An sich bestünde in Augsburg zwar die Möglichkeit der Schaffung eines "Ghetto". Nach Lage und sonstigen Umständen wären die in Frage kommenden Baracken-Siedlungen nicht ungünstig. Sie sind

328830

noch ein Zeuge des Verfalls aus der Systemzeit, gegenwärtig aber auch bewohnt und es müßte bei einer Freimachung derselben selbstverständlich ein ausgleichender freier Wohnraum zur Verfügung stehen. Die bisherigen Wohnungen der Juden kommen hierfür nicht in Betracht, weil die Mieten derselben vorwiegend bei 100 RM monatlich und darüber liegen. Hinzu kommt, daß die "ehemaligen" Barackenbewohner in diesem Fall wohl von keinem der Hausbesitzer aufgenommen werden würden, was an sich durchaus begreiflich ist, denn diese gehören mit ganz wenigen Ausnahmen nicht zur Klasse anständiger Menschen. Es bliebe also nur eine Umlegungsaktion größeren Umfanges, die aber ebenfalls eine Menge und kaum überbrückbare Hindernisse mit sich brächte.

Freier Wohnraum, der die Angelegenheit sofort in ein anderes Stadium bringen könnte, ist in Augsburg aber nicht vorhanden. Seit Jahren besteht hier ein ungeheurer Mangel an Wohnungen und trotz aller Anstrengung der Stadt Augsburg und des privaten Unternehmertums konnte dieser nicht auch nur annähernd ausgeglichen werden. Gegenwärtig sind in Augsburg rund 10 000 Wohnungssuchende vorhanden. Darunter befinden sich allein 1200 Anträge von Beamten, die in den letzten Jahren dienstlich hierher versetzt worden sind. Der Grund für diese Wohnungsnot liegt aber nicht zuletzt in der ganz erheblichen Verstärkung der Augsburger Garnison und in dem ungeheuren Ausbau der örtlichen Kriegsindustrie. Ich nenne hier nur die Messerschmitt-Werke, die Maschinenfabrik Augsburg/Nürnberg, beide Werke deren Belegschaften an oder über die Zahl 10 000 heran- oder hinausgehen; ferner die Firmen Keller & Knappich, Augsburger Zahnradfabrik und auch die großen Textilwerke, die Augsburg schon von je ihr besonderes Gepräge gaben. Es ist nur zu erklärlich, daß besonders alle die genannten und hier nicht aufgezählten Betriebe in den letzten Jahren eine ganz kolossale Ausdehnung erfuhren und damit ein gesteigerter Zuzug nach Augsburg erfolgte. Der Zustand auf dem hiesigen Wohnungsmarkte ist somit geradezu beängstigend und es darf keineswegs damit gerechnet werden, daß sich dieser Zustand nach Beendigung des Krieges rasch bessern werde.

Aus den vorstehend angeführten Gründen und der Überlegung, daß gerade Augsburg als größte oder zumindest eine der größten Garnisonen Süddeutschlands mit den in unmittelbaren Nähe liegenden Fliegerhorsten Gablingen und Lagerlechfeld ein geeignetes Betätigungsfeld der Semiten für event. dunkle Bemühungen aller Art wären, erscheint ein weiterer Zuzug von Juden nach Augsburg für unerwünscht und bedenklich.

Ehe ich nun auf Gegenvorschläge bezüglich event. Unterbringungsmöglichkeiten von Juden eingehe, möchte ich zur Illustrierung des Gesamtkomplexes einige statistische Zahlen in bezug auf die gegenwärtige Stärke des Judentums im hiesigen Dienstbereich nennen. Die Gesamtzahl der Semiten in Augsburg beträgt 547, die im übrigen Schwaben 675, zusammen also 1222. Erwähnt muß werden, daß infolge der bisherigen Auswanderung hauptsächlich junger und arbeitsfähiger Juden die noch vorhandenen stark überaltert sind, d. h. daß die Juden für einen Arbeitseinsatz nur mehr zu einem Bruchteil der Gesamtzahl herangezogen werden können. Wenn auch nicht mit Unrecht anzunehmen sein wird, daß selbst hochbetagte Juden noch auswandern werden, so ist doch nicht zu übersehen, daß ein erheblicher Anteil der über 60 oder 65 Jahre alten wenigstens zunächst nicht gewillt sein dürfte, ins Ausland zu gehen.

Die Zahl der noch jugendlichen Semiten liegt bei rund 10%, die die derjenigen im Alter von 18 bis 65 Jahren bei 65 % und der Rest von 25 vom Hundert sind Juden mit mehr als 65 Lebensjahren. Dabei ist zu berücksichtigen, daß von den 65% Juden im Alter bis zu 65 Jahren kaum mehr als 35 bis 40 % noch zu einem Arbeitseinsatz Verwendung finden können und daß von den 1222 Semiten 739 Frauen sind.

Es wird daher damit zu rechnen sein, daß ein ziemlich hoher Hundertsatz der Juden beabsichtigt, überhaupt nicht auszuwandern zu denken. Dies dürfte in Sonderheit dann der Fall sein, wenn nicht eine sehr merkliche Beschneidung ihrer bisherigen Rechte eintreten sollte. Nicht wenige der Juden verfügen immer noch über ein ansehnliches Vermögen. Sie haben also ihren Lebensunterhalt finanziell gesichert und da sie bisher in ihrer Bewegungsfreiheit nicht besonders stark beeinträchtigt wurden, erscheint es vielen von ihnen nicht notwendig, baldmöglichst auf die Gastfreundschaft des Reiches zu verzichten. Vermutlich werden nicht wenige von der Absicht geleitet, ihr Vermögen soweit im Reich zu verbrauchen, daß, wenn sie wirklich einmal auswandern, nichts mehr vorhanden ist, sie also nichts mehr zurücklassen brauchen.

Schon aus diesen Erwägungen erscheint es wünschenswert, den Juden ein weniger angenehmes und sorgenfreies Leben innerhalb der deutschen Grenzen zu bereiten. Wie bereits vorher erwähnt, wären bezüglich der Judenschaft in Augsburg die Barackensiedlungen an der Schertlinstraße hier sehr gut geeignet, die Auswanderungslust zumindest zu heben. Die Stapostelle Augsburg hat zwar schon aus

Allgemeingründen im Benehmen mit dem Oberbürgermeister der Stadt Augsburg (Wohnungsnachweisstelle) dafür gesorgt, daß die Judenhäuser dichter als bisher belegt und damit für den Wohnungsmarkt Räume frei wurden. Diese Art der Wohnungsbeschaffung für deutsche Volksgenossen aber könnte und mußte noch intensiver betrieben werden, wenn nicht eine andere Regelung für die nahe Zukunft eintreten sollte, welche die Juden mehr als bis jetzt unter Ausnahmegesetzgebung stellt.

Soweit nun die Judenschaft außerhalb Augsburg in Frage kommt, verteilt sie sich auf fast sämtlicher Landkreise des Regierungsbezirk Schwaben. Die Mehrzahl davon ist allerdings sehr dünn und zum Teil nur mit einem oder einigen Juden versehen. An der Spitze der Landkreise steht der Zahl vorhandener Juden nach der Landkreis Günzburg mit 187, die alle in dem Städtchen Ichenhausen ansässig sind; ihm folgen die Kreise Nördlingen mit 115, Augsburg mit 92, Memmingen mit 85, Wertingen mit 59 und weitere 4 Landkreise mit 20 bis 30 Juden. Dem mit dortiger Entschliebung vom 12.2.40 aufgezeigten Prinzip entsprechend gewinnt der Gedanke an Interesse, sämtliche im Stapsbereich - außerhalb der Stadt Augsburg - ansässigen Juden nach Ichenhausen umzusiedeln. Die Gelegenheit zur Erteilung von Unterricht an jüdische Schüler wäre dort ebenfalls gegeben, da eigene Räume der isr. Kultusgemeinde Ichenhausen vorhanden sind. Aber auch dort wird vermutlich der Mangel an überbautem Wohnraum der aufgezeigten Absicht Schwierigkeiten bereiten. Die Lage der Stadt Ichenhausen an sich wäre zweifellos günstig und da bereits fast ein Drittel der Juden des Stapsbereiches dort wohnhaft sind, die übrigen vorher aufgezählten jüdischen Niederlassungen auch garnicht allzu weit von Ichenhausen entfernt liegen, dürften außerdem Mangel an Wohnraum keine besonderen Schwierigkeiten einer Umsiedlungsaktion im Wege stehen.

Es besteht aber noch eine andere Möglichkeit, die allen vorher aufgezeigten gegenüber den großen Vorteil hätte, sämtliche Juden, also auch die der Stadt Augsburg, an einem einzigen Ort zusammenzufassen. In Ottobeuren, einem Marktflecken mit 2700 Einwohnern, zum Landkreis Memmingen gehörend, befindet sich ein Benediktinerkloster, das dem zur Verfügung stehenden Raum nach allein ausreichen würde, um sämtliche 1222 Juden aufzunehmen. Zudem ist das Kloster Staatsärar und bringt bei den bekannt niederen Mietschillingen, die die Klöster in Bayern bekanntlich bezahlen müssen, dem Staat fast keine Eingänge. Das genannte Kloster besteht

aus mehreren Flügeln, von denen einer bereits bei Kriegsausbruch zum Hilfslazarett für 5-600 Personen umgebaut wurde, aber für diese Zwecke nicht mehr in Frage kommt. Juden könnten in diesen Räumen ganz-selbstverständlich noch mehr untergebracht werden, wenn die ganze Angelegenheit mit etwas militärischem Charakter aufgezogen werden sollte. Würde also noch ein zweiter Flügel dieses Klosters entsprechend aus- oder umgebaut, so ergäbe sich die Möglichkeit, weitere 6-700 Juden unterzubringen, ganz abgesehen davon, daß im Notfalle noch ein dritter Flügelbau zur Verfügung stände. Eine örtliche Besichtigung des Klosters in Ottobeuren hat zwar bisher nicht stattgefunden und es können daher konkretere Angaben über die Unterbringungsmöglichkeit nicht gemacht werden; feststeht aber, daß sämtliche Juden in den vorhandenen Räumen zusammengefaßt werden könnten.

Nicht unerwähnt möchte ich an dieser Stelle aber auch lassen, daß das Kloster infolge seines hohen historisch-kulturellen Wertes unter Denkmalschutz steht. Ich bin aber überzeugt, daß die zu schützenden Werte durch eine derartige Maßnahme keinen Schaden nehmen würden, zumal diese Regelung ja über eine kürzere oder längere Zeitspanne einer anderen Zwecklösung dann Platz machen könnte, wenn die Zahl der Juden in Deutschland merklich abgenommen haben wird. Im übrigen sind in Bayern und auch im Regierungsbezirk Schwaben noch eine Reihe von Klöstern, die für solche Zwecke herangezogen werden könnten. Ottobeuren freilich wäre zweifellos hierfür am besten geeignet, zumal beabsichtigt ist, in Kempten, das nicht allzuweit von Ottobeuren entfernt liegt, eine Außenstelle der Staatspolizeistelle Augsburg zu errichten. Damit wäre auch die Möglichkeit gegeben, die sicherheitspolizeilichen Belange in ausreichendem Maße zu wahren.

Abschließend darf ich nochmals darauf verweisen, daß die Zusammenfassung der Juden in Augsburg die geäußerten Bedenken im Gefolge hat und daher gegenüber den vorher aufgezeigten Lösungen in den Hintergrund treten dürfte. Zudem bestünde ja auch, wenn wirklich die Planung "Ottobeuren" aus irgendwelchen Gründen nicht durchführbar werden sollte, die Möglichkeit, die Juden aus Augsburg zu entfernen und in einem der vorhandenen kleineren Klöster, z.B. Priesterseminar in Dillingen, gewissermaßen als 2. Judensiedlung neben der in Lohenhausen, in dessen Nähe übrigens ebenfalls ein Kloster liegt, zusammenzuhalten. Vorschläge, die über diese allgemein gehaltenen hinausgehen, kann ich allerdings

ESB 658

328834

erst dann ausarbeiten, wenn die grundsätzliche Entscheidung getroffen ist, ob die Heranziehung von Klöstern zu diesem Zweck überhaupt für diskutabel gehalten wird. Von hier aus wird die Sachlage jedenfalls so gesehen, daß eine nach dieser Richtung abzielende Weisung dem Problem sowohl als auch allen hievon abweichenden Lösungen, bzw. den daraus entstehenden Schwierigkeiten am ehesten Rechnung getragen würde. In erster Linie würden sich die betreffenden Liegenschaften ^{des Staates} auch einmal rentieren, denn bei einer selbst geringen monatlichen Miete je Kopf ergäbe sich eine jedenfalls beträchtliche Summe, die vermutlich auch event. Einbaukosten sehr bald tilgen würde.

In Vertretung:
gez. G o l d .

Beglaubigt:

[Handwritten Signature]
Büroangestellte.

schu.



Heime Staatspolizei
Landespolizeistelle Augsburg

Augsburg, den 23. April 1941.
Prinzregentenstr. 11

Telefonnummer: 8453

Postfachkonto: München Nr. 31226 der Post-Kasse Augsburg

Reichsbankgirokonto 144 Polizeikasse Augsburg

328825

Geschäftszeichen: IV B 4 (Ve)

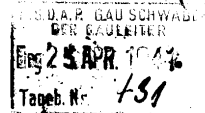
(In Eingaben und bei Selbstsendungen angeben)

B.Nr. 3750/41

Handwritten signature: Heide Wittkowitz

An die

NSDAP - Gau Schwaben
- Adjutantur des Gauleiters -



in Augsburg.

Betrifft: Judenwohnungen in Augsburg.

Vorgang: Dort.Schr.v.9.4.41 l a/431/41 Dr.Th./A.

Beilagen: 1 Berichtsabdruck
1 Schreiben der Fa. Eugen Schieder.

Der Umstand, dass gerade in Augsburg ein grosser Teil der hier ansässigen Juden grosse und schöne Wohnungen innehat, war bereits Anlass zu einem umfassenden Bericht an das RSHA Berlin, den ich in Abdruck zur gefl. Kenntnisnahme beilege. In ihm ist das Problem der Zusammenlegung sämtlicher Juden des Regierungsbezirkes Schwaben und eine Reihe von Schwierigkeiten besprochen, die sich mit dieser Frage ergaben.

In Sonderheit möchte ich an dieser Stelle auf die Ausführungen eingangs des Berichtes hinweisen, da die Möglichkeiten für eine Zusammenfassung der Semiten in Augsburg noch ebenso dieselben sind, wie die Widerstände rein sozialpolitischer und wohnungsrechtlicher Natur. Ehe ich nunmehr den einzelnen Möglichkeiten der Zusammenlegung von Juden Raum zur Erörterung gebe, möchte ich kurz eine Aufstellung folgen lassen über die Zahl der Judenhaushalte, der von ihnen belegten Räume, Belegungsstärke und Mietpreislage.

Nach einer von der Israelit.Kultusgemeinde gefertigten und dem Stande vom 21.4.41 entsprechenden Liste ergibt sich folgendes Bild:

Jüdische Familien und Familiengemeinschaften,
d.h. Gesamtzahl der von Juden in Anspruch genommenen
Wohnungen 100
Gesamtzahl der Juden in diesen Wohnungen 477
Gesamtzahl der Räume in diesen Wohnungen 448
Mietpreise: Bis zu 30 RM 7
" " 40 RM 6
" " 50 RM 11
" " 60 RM 6
" " 80 RM 12
" " 100 RM 5
" " 150 RM 31
" " 200 RM 6
Über 200 RM 3
Häuser in jüdischem Eigentum 18
Mischehen 14

Aus obiger Darstellung ergibt sich also, dass bei dem gegenwärtigen Stand jeder Wohnraum in jüdischen Haushalten - rein schematisch gesehen - mit einem Juden belegt ist. Rechnet man die vorhandenen Mischehen ab, so ergäbe sich, dass 86 Wohnungen zur Verfügung ständen, würde man sämtliche Juden evakuieren. Dass die überwiegende Mehrzahl dieser Wohnungen sehr hohe Mietpreise hat, habe ich bereits aufgezeigt.

Eine Bereinigung des Problems der Zusammenlegung sämtlicher Juden in Augsburg könnte nun nach meiner Auffassung nur auf folgenden Wegen geschehen.

- a) Unterbringung der Semiten in Baracken, wie z.B. denen an der Schertlinstrasse oder
- b) Erstellung neuen Wohnraumes in Form von Baracken auf städtischem Grund oder
- c) Verteilung der Juden auf Provinzstädte, wie Ichenhausen, Ottingen, Binswangen, Altenstadt usw.

Dabei tritt der Lösung zu a) vor allem die Frage entgegen, was mit der in den Baracken untergebrachten Bevölkerung geschehen könnte. Bereits unmittelbar nach Kriegsausbruch wurde gerade diese Frage in einer gemeinsamen Sitzung von Vertretern der NSDAP - Kreisleitung, des SD-Abschnittes Augsburg, der Stadtverwaltung hier und dem Sachbearbeiter der Stapostelle Augsburg ausführlich besprochen, jedoch ohne positives Ergebnis. Die Ursache hierfür war die Stellungnahme des Vertreters der Stadt

328827

Augsburg, wonach es völlig unmöglich sein sollte, die Baracken-
inwohner in anderen Wohnungen unterzubringen. Bekanntlich dürfte
die menschliche Qualität des Grossteils derselben tatsächlich
derart sein, dass sich jeder Hausbesitzer mit Händen und Füßen
sträuben würde, derartigen Zuwachs in seinem Hause aufzunehmen.
Dazu kommt noch die Frage der Mietenumlegung, denn zweifellos
könnten in die Wohnungen in der Preislage von 80 und mehr RM nur
wieder Volksgenossen aus anderen Wohnungen nachrücken, deren
Preislage für ehem. Barackenbewohner jedenfalls auch nicht er-
schwinglich wäre. Es bliebe also noch die Möglichkeit, einen
zweiten Schub entsprechend situierter Familien aus billigen Woh-
nungen herauszunehmen und in diese dann die aus den Baracken kom-
menden Familien einzuweisen. Inwieweit sich eine derartige Rege-
lung ermöglichen liesse, vermag ich allerdings nicht zu beurtei-
len. Jedenfalls dürfte die zu a) genannte Lösung nicht sehr ein-
fach sein und Schwierigkeiten im Gefolge haben, die zur Zeit noch
gar nicht zu überschauen sind.

Die Lösung b) könnte wohl, soweit es sich um die Bereitstel-
lung von Grund aus städtischem Besitz dreht, als die einfachste
gelten, wenn nicht die Schaffung neuen Wohnraumes in Form von
Baracken infolge der Materialknappheit die ganze Angelegenheit
vor neue unüberwindliche Hindernisse stellen würde. Inwieweit
eventl. durch Mietung von Baracken aus dem Besitz grosser Baufir-
men ein diesbezüglicher Ausweg gefunden werden könnte, bliebe
noch zu prüfen. Vermutlich sind aus den beim Bau des Westwalls
entstandenen Unterkunftsräumen bei verschiedenen Firmen Baracken
in grösserer Zahl auf Lager gelegt. Der Mietpreis würde sich
zweifelsohne von den Mieteinnahmen decken lassen.

Eine Lösung des Problems im Sinne des Buchst. c) wäre um
desetwillen am idealsten, weil alle die zu a) und b) genannten
Schwierigkeiten nicht auftreten würden. Ob jedoch und inwieweit
die genannten Ortschaften, d.h. der dort zur Verfügung stehende
jüdische Wohnraum für die Augsburger Semiten ausreicht, vermag
ich nicht annähernd zu überschauen. Ich neige zwar zu der Ansicht,
dass z-B. in Ichenhausen, das gegenwärtig immer noch mit nahezu
200 Semiten bevölkert ist, bei rücksichtsloser Zusammenlegung be-
stimmt eine grössere Menge Juden unterzubringen sein müsste. Um
jedoch das Für und Wider einer derartigen Entscheidung abwägen zu
können, müssten hierfür zumindest konkrete Erhebungen in die Wege
geleitet werden, die einen genauen Überblick darüber geben, wie

328828

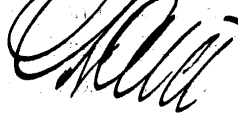
gross die Aufnahmefähigkeit der in Frage stehenden Orte ist.

Staatspolizeilicherseits würde der Lösung zu a) in erster Linie Zustimmung erteilt, weil hier ein geschlossener Komplex, einem Ghetto ähnlich, die polizeiliche Überwachung dieser Parasiten wesentlich erleichtern würde. Dazu käme der Umstand, dass in nächster Nähe ein Polizeirevier liegt, dessen Beamte der Judensiedlung bei den nächtlichen Dienstgängen ein besonderes Augenmerk zuwenden könnten.

Ich gestatte mir daher die Anregung, doch noch einmal im Benehmen mit dem Oberbürgermeister der Stadt Augsburg - Wohnungsreferat - die Frage der Freimachung von Baracken bis ins kleinste zu überprüfen und erst dann, wenn eine Lösung in dieser Richtung tatsächlich undurchführbar sein sollte, den Vorschlägen zu b) und c) näherzutreten.

Zu dem mit dort. Schr. v. 9.4.41 übermittelten Gesuch des Pg. Schieder sei noch festgestellt, dass das Anwesen Ulmerstrasse 139 nicht staatspolizeilich beschlagnahmt wurde. In dieser Angelegenheit vermag ich daher nichts zu unternehmen, weshalb ich das Schreiben des Pg. Schieder anliegend zurückreiche.

In Vertretung:



Möglichkeiten zum Weiterforschen:

Wie eingangs gesagt, eignen sich diese Quellentexte weniger für einen konkreten Einsatz im Unterricht oder für die konkrete Arbeit daran vor Ort im Staatsarchiv, sondern als Ausgangsmaterialien für eine **Exkursion** zur jüdischen Geschichte Augsburgs zur Zeit des Nationalsozialismus oder für ein **Projekt** oder eine **Facharbeit**, z.B. mit folgenden Ansätzen und Fragestellungen:

- In beiden Berichten der Gestapo finden sich Hinweise auf andere schwäbische Orte, die in den Augen der Verantwortlichen durch ihre jüdische Tradition als potentielle Gettos in Frage kämen – auch hier ließen sich weitere (Feld)forschungen anstellen. Dazu gibt es auch Vorarbeiten zur Häusergeschichte z.B. von Ichenhausen, zu finden unter:

http://www.bibliothek.uni-augsburg.de/dda/projekte/doku_juden_schwaben/werk_01174.html

- Die statistischen Angaben zur Zahl der Juden lassen sich ebenfalls für Vergleiche heranziehen bzw. man kann die Zahlen mit Namen versehen (siehe Gernot Römers Bücher).

- Im Fall Augsburgs sind zwar die Namen der jüdischen Familien bekannt, weniger aber deren ehemalige Adressen. Aus den hier vorliegenden Quellen ergibt sich der Eindruck, dass die Augsburger Juden in vornehmen Häusern und Stadtvierteln wohnten. Dies ergibt sich natürlich durch die kollektive Einschätzung der Juden durch die NS-Propaganda, ist aber speziell in Augsburg geschichtlich bedingt auch nicht völlig falsch. Die Juden erhielten im 19. Jahrhundert nur dann das Zuzugsrecht nach Augsburg, wenn sie der chronisch verschuldeten Stadt Geld zuführen konnten. Die ersten dieser neu zugezogenen Familien waren demzufolge Bankiersfamilien. Es folgten Fabrik- und Geschäftsgründer. Einige dieser Familien brachten es zu einem gewissen Wohlstand und damit zu entsprechenden Wohnungen. Dazu nur ein Beispiel: ein Unternehmer gründete eine Fabrik in Pfersee, wollte aber nicht in diesem als ärmlich geltenden Arbeiter-Vorort wohnen und suchte sich deshalb ein Haus, das nicht mehr in Pfersee, sondern in Augsburg stand: in der Frölichstraße, von Pfersee nur durch die Eisenbahnlinien am Hauptbahnhof und fünf Minuten Fußmarsch getrennt. Wenn man sich die heutigen Wohnhäuser in dieser Straße anschaut, sieht man den typischen Gründerzeit-Stil. Augsburg weist mehrere dieser Gründerzeitviertel mit bis heute hochherrschaftlich wirkenden mehrstöckigen Bauwerken auf. Auch das Viertel um die Landmaschinenfabrik Epple und Buxbaum in der Morellstraße ist dafür ein Beispiel. Ob diese Wohnlage oder auch mehrere Häuser in der Frölichstraße oder im Bismarck-Viertel von reichen Juden bevorzugt wurden, könnte vielleicht mit Hilfe der **Häuserkartei des Stadtarchivs Augsburg** oder mit den **Grundsteuerkatastern** geklärt werden.

Eine Möglichkeit zur Vertiefung:

Das bereits in der Vorbemerkung angesprochene Buch *Hakenkreuz und Zirbelnuß* bietet eine Quelle zu den jüdischen Firmen, die am 1. April 1933 boykottiert werden sollten. Anhand dieser Liste (sie folgt hier) könnten die Geschäfte lokalisiert werden und bei einer kleinen Stadtführung von Schülern vorgestellt werden. (Ergebnis wird sein, dass es ein paar wenige große Geschäfte wie das bekannte Kaufhaus Landauer gab (heute Kaufhof) und dass viele Geschäfte zwar in bester Innenstadtlage, aber eher klein waren.) Ebenso könnte dem Schicksal dieser Ladenbesitzer nach 1938 nachgegangen werden oder dem weiteren Betrieb der größeren Firmen und Fabriken. Die Aufarbeitung der Arisierung steckt noch in den Anfängen und wäre somit ein mögliches Thema für eine Facharbeit.

Auf Anordnung der Parteileitung bestimme ich für den Kreis Augsburg-Stadt folgende Parteigenossen als Mitglieder des Aktionskomitees zur Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und jüdischer Rechtsanwälte:

Pg. Rehm, Stadtrat,
 Pg. [redacted] Kreispropagandaleiter,
 Pg. [redacted] SA-Sturmabteilführer,
 Pg. [redacted] SS-Sturmabteiladjutant,
 Pg. [redacted] Kreisbetriebszellenleiter,
 Pg. [redacted] Leiter der Beamtenarbeitsgemeinschaft.

Augsburg, den 31. März 1933.

N.S.D.A.P. gez. Schneider, Kreisleiter.

A u f r u f ! An die gesamte Bevölkerung!

In unsterblicher Ordnung und Disziplin hat sich die nationale Revolution durchgesetzt. Die Hühner des alten Systems unter Führung des Judentums, schuldbewusst und fluchbeladen, haben sich zum großen Teil rechtzeitig, aber feige ins Ausland begeben. Obwohl von den zurückgebliebenen keinem ein Haar gekrümmt, noch diese an der Ausübung ihres Geschäftes behindert, noch durch illegale Maßnahmen in der persönlichen Sicherheit bedroht wurden, heben diese Verbrecher durch ihre internationalen Beziehungen begünstigt in einer unverschämten Weise gegen den Aufbau- und Säuberungswillen der nationalen Regierung. In den teuersten Kurorthotels und Kurorten des Auslandes haben sich die jüdischen und marxistischen Führer brüderlich zusammengefunden. Von diesen Stellen aus wird die Weltpresse mit Schauermärchen geschändeter Judenweiber, zerstückelter Judenleichen, zerstückter Judenfriedhöfe und dergleichen Lügen und Gemeinheiten mehr versorgt.

Der Erfolg dieser unverschämten Hehe wirkt sich aus in Deutschenverfolgungen in den Großstädten des Auslandes, in Boykott deutscher Waren und in kolossaler Schädigung des deutschen Wirtschaftslebens.

Das gesamte deutsche Volk erhebt sich gegen dieses Verbrechen und folgt dem Ruf der nationalen Regierung, indem es ab heute kein jüdisches Geschäft mehr betritt. Die zu boykottierenden Geschäfte sind:

Landauer	Grausmann	Horkheimer
Schöden	Die Dome	Merkur, Abzahlungsgeschäft
Radey	Kassel (Obermayer)	Untermayer
Spanier	Speyer	Lämmle, Damenkonfektion
Lämmle	Einstof	Marg, Möbel
Heinrich Ruhn	Volliger	Harter, Schmiedberg
Buzbaum	Wimpfheimer	(Hirschfeld)
Mändle, Möbel	Weinberger u. Bistinger	Hausmann, Zelte u. Decken
Stein	Stinswanger	Café Königsbau
Polatschek (Mercedes)	Strauß, Pelze	Luchs u. Einsteil
Regensburger	Möbel-Signer	Schuhkönig
Mendelsohn	Kohlmeier, Pelze	Porzellan Kraus
Marg, Konfektion	Thannhoffer, Hüte	Blitz-Bäckbetrieb,
Ginsberger	Werner u. Farnbacher	Karolinenstraße
Kupfer, Lederwaren	Lammfromm u. Biedermann	Besler, Damenkonfektion

Dieser Boykott wird solange durchgeführt, bis von diesen Hehern und Verleumdern in vollem Umfang die Lügen- und Grenelpropaganda in der Weltpresse widerrufen ist.

Als ehr- und charakterlos wird erklärt, wer uns in unseren Abwehrmaßnahmen in den Rücken fällt. Wir werden die geballte Kraft unserer Organisation einzusetzen verstehen, um Schädigungen der durch diese Abwehrmaßnahmen getroffenen Angestellten und Arbeiter zu verhindern. Wir fordern, daß diejenigen Juden, die ihrem Personal gelündigt haben, auf Grund der Verordnung für Ruhe und Sicherheit in Schutzhaft zu nehmen sind.

Weibet jüdische Ärzte, lehnt jüdische Rechtsanwälte ab.
 Haltet Disziplin, übt Solidarität, rettet die deutsche Ehre.

Für Wahrheit und Recht!

Das Aktionskomitee: Rehm, Stadtrat.

(Archiv der Industrie- und Handelskammer Augsburg)

Aus: Filser/Thieme (Hg.), Hakenkreuz und Zirkel – Augsburg im Dritten Reich. Augsburg 1983, S. 42.

Das Standardwerk zum hier angesprochenen Thema:

Gernot Römer, Mitarbeit Ellen Römer, *Der Leidensweg der Juden in Schwaben. Schicksale von 1933 bis 1945 in Berichten, Dokumenten und Zahlen*, Augsburg 1983.